

11.58

Abgeordneter Wolfgang Katzian (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren der Bundesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist schon vom Bundeskanzler und vom Vizekanzler deutlich gemacht worden, wie sich die Situation in Europa jetzt darstellt und mit welchen Folgen wir zu rechnen haben. Es haben auch meine Vorredner schon vieles zur Art und Weise, wie in Großbritannien diese Auseinandersetzung – bleiben oder nicht bleiben – geführt wurde, gesagt und auch demaskiert, dass es da eine ganze Vielzahl von Unwahrheiten und Lügen, die verbreitet wurden, gegeben hat. Es richtet sich ja von selbst, wenn am selben oder am nächsten Tag alle beginnen, zurückzurudern, und jetzt die Ratten das sinkende Schiff verlassen.

Ob die Folgen für Großbritannien und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land so locker zu tragen sind, wie es Herr Strache heute – so quasi mit künstlicher Panik – angeführt hat, das weiß ich nicht, das werden wir vielleicht in einem halben Jahr oder in einem Jahr besser diskutieren können.

Ich kann aufgrund meines Kontakts mit den Gewerkschaften in Großbritannien nur sagen, dass zumindest die Befürchtung der Gewerkschaften sehr groß ist (*Abg. Kickl: Ich habe gar nicht gewusst, dass es das dort gibt!*) – Herr Kickl, ich kann Englisch, Sie werden es nicht glauben (*Abg. Kickl: Wirklich?*) –, dass im Zusammenhang mit dem Brexit ArbeitnehmerInnenrechte eingeschränkt werden. (*Abg. Walter Rosenkranz: Das war aber gar nicht die Frage!*) Es ist auch schon angekündigt worden, man möchte eine Initiative zur Senkung der Körperschaftsteuer setzen. (*Abg. Walter Rosenkranz: Das war aber gar nicht die Frage im Zwischenruf!*) Auf die Frage, woher das Geld kommen soll, um das gegenzufinanzieren, sind gleich wieder die sozialen Systeme ins Gespräch gekommen.

Verschiedene Regelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die es in Großbritannien gibt, etwa Arbeitszeitbestimmungen oder Urlaubsbestimmungen, sind erst durch die EU-Regelungen zustande gekommen, und die Angst ist sehr groß – und berechtigt! –, dass diese möglicherweise wieder verloren gehen.

Ich glaube, worüber wir diskutieren müssen, sind die Folgen – auch im Hinblick darauf, was die Europäische Union anders machen muss als in der Vergangenheit. Ich habe in Ihren Aussagen nicht allzu viel Unterschied zur FPÖ gehört, Herr Strolz (*Rufe bei der FPÖ: Wir auch nicht!*), aber ich möchte Ihnen sagen, wo es schon ordentliche Unterschiede gibt (*Abg. Walter Rosenkranz: Kollege Strolz, es wird noch das Redekonzept vom HC Strache dort gelegen sein!*): Ich bin der Meinung, das ist ein

Warnschuss, einer der letzten Warnschüsse für die Europäische Union, und es muss sich etwas in der Politik und in der Vorgangsweise der EU ändern.

Klar sein muss aber auch, dass jene, die der Meinung sind, wir können die großen Probleme wie wachsende Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wirtschaftswachstum und die Flüchtlingskrise alleine lösen, auf dem Holzweg sind. Wir brauchen die europäische Solidarität, aber wir müssen gemeinsam an der Umsetzung und an der Durchsetzung dieser europäischen Solidarität arbeiten. Zurzeit gibt es einige, die sich die schönen Dinge holen, die sie brauchen können, und wenn sie in die Ziehung der Solidarität kommen, seilen sie sich ab. Das kann aber nicht der Weg einer solidarischen, sozialen Europäischen Union sein. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kickl: Ihr lasst sie hinein, und die anderen müssen sie nehmen! Das ist die Solidarität der SPÖ!)*

Die Entscheidung in Großbritannien hat Ursachen, und die liegen in einer verfehlten Wirtschaftspolitik, in einer Austeritätspolitik, die den Kontinent totspart, die liegen darin, dass heute mehr Menschen als je zuvor von Armut bedroht sind und dass die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, in Europa unerträgliche Ausmaße angenommen hat.

Die Europäische Union muss kapieren, dass eine solche Politik, in der man dem Markt und dem Wettbewerb alles andere unterordnet, eine Politik, durch die Europa totgespart wird und keine Spielräume für Investitionen der öffentlichen Hand da sind, eine Politik, im Rahmen derer man der Meinung ist, man müsse innerhalb des Binnenmarktes möglichst alle Regeln abschaffen, denn dann werden Milch und Honig fließen, in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als den Abbau von in über hundert Jahren erkämpften Arbeitsrechten der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dass das daher so nicht erfolgen darf. Das ist die Politik, die die Menschen ablehnen, und das werden sie auch immer entsprechend zum Ausdruck bringen.

Der nächste Wahnsinn war, am Tag der Brexit-Verkündung zu sagen: Jetzt machen wir CETA, und das winken wir quasi auf europäischer Ebene durch, damit beschäftigen wir die europäischen Parlamente nicht! – Ich bin sehr für das, was der Herr Vizekanzler gesagt hat, nämlich dass wir CETA hier ordentlich und sauber inhaltlich diskutieren, aber wir müssen, um glaubwürdig zu sein, schon auch dafür sorgen, dass nicht einzelne Elemente vorzeitig in Kraft gesetzt werden, denn das würde bedeuten, dass das dann eine Scheindiskussion ist *(Abg. Kogler: Ja! Da bleibt nichts übrig!)*, und die brauchen wir dann auch nicht mehr zu führen. Daher halte ich es für sehr wichtig, dass wir uns hier bemühen, das dementsprechend zu verhindern.

Wir wollen eine Europäische Union. Wir stehen zur Europäischen Union. Wir wollen aber eine soziale Europäische Union, die die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ernst nimmt, eine Union, in der die Austerität gestoppt wird, die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit setzt und etwas dafür tut, dass wieder Investitionen vorgenommen werden können und die soziale Sicherheit garantiert und weiterentwickelt wird, und die letztlich auch verhindert, dass die Marie in Panama landet und nicht bei den Menschen in Europa. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

12.04

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Klubobmann Ing. Lugar. – Bitte.